

Festveranstaltung im Plenarsaal des Landtages

80 Jahre öffentlicher Dienst für Nordrhein-Westfalen

Im Plenarsaal des Landtags Nordrhein-Westfalen fand am 25. September 2026 die Jubiläumsveranstaltung des DBB NRW statt. Rund 150 Gäste aus Politik, Verwaltung und Verbänden kamen dort zusammen, um die historischen Wurzeln des Landes und die Aufbauleistung der Beschäftigten seit 1946 zu würdigen. Vor 80 Jahren, am 23. August 1946, legte die britische Besatzungsmacht mit der Verordnung Nr. 46 den Grundstein für das Land Nordrhein-Westfalen. Mit diesem Schritt begann auch der Aufbau eines öffentlichen Dienstes, der bis heute die Funktionsfähigkeit des Landes und seiner Kommunen sichert. Seitdem gestalten die Beschäftigten den Staat aktiv mit, indem sie Strukturen schaffen, Verfahren modernisieren und das Land Tag für Tag handlungsfähig halten.

Seit dieser Zeit hat sich in unserem Land viel getan. Nicht immer ging es dabei reibungslos zu. Ob Flüchtlinge oder Vertriebene, ob Wohnungsnot oder Mangelversorgung. Gerade in der Gründungsphase des Landes und der Nachkriegszeit galt es, viele Entbehrungen zu ertragen und Hindernisse zu überwinden. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Stadt und Land haben jedoch seit über 80 Jahren einen gemeinsamen Beitrag an einer Erfolgsgeschichte geleistet.

Landtagspräsident **André Kuper MdL** eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort: „Schulen, Polizei, Hochschulen und Kitas: Die Bundesländer halten mit den Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten den Kernbereich unseres Staates am Laufen. Seit der Gründung unseres Landes 1946



André Kuper MdL, Präsident des Landtages von NRW

steht die Verwaltung für Ordnung, Stabilität und Transparenz. Diese Tradition prägt Nordrhein-Westfalen bis heute, denn ohne diese funktioniert kein demokratisches System“, betonte André Kuper.

Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, hob in seiner Ansprache besonders die Bedeutung eines starken öffentlichen Dienstes für unsere Demokratie hervor: „80 Jahre öffentlicher Dienst für die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind auch eine Gelegenheit, auf Problemlösungen sowie Erreichtes zurückzublicken und uns vielleicht auch mal innerlich selbst auf die Schulter zu klopfen.“

Auch Staatssekretär **Bernd Schulte**, Amtschef der Staats-

kanzlei Nordrhein-Westfalen, stellte die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes für Staat und Gemeinwohl heraus. **Stefan Behlau**, 2. Vorsitzender des DBB NRW, widmete sich in seiner Rede insbesondere der Bedeutung von Bildung für die Demokratie. Musikalisch begleitet wurde die Jubiläumsveranstaltung von **Julika** am Stage Piano und Gesang sowie **Leo Henrichs** an der Gitarre.

Im Anschluss bot die Wandelhalle des Landtags bei einem kleinen Imbiss noch Gelegenheit für einen geselligen Gedankenaustausch.

Eine kleine Auswahl von Impressionen haben wir auf den beiden Folgeseiten zusammengestellt. MM



Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW

© DBB NRW | Christian Dirk Borm (2)

2 80 Jahre öffentlicher Dienst für NRW

Impressionen von
der Festveranstaltung



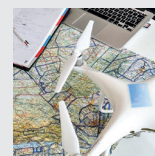
5 Erfolgreiche Staffelübergabe

Neuer Vorstand
der DPolG NRW



7 Sicherheit auf Weihnachtsmärkten

Forderung nach
Beauftragtem zur
Drohnenabwehr



Unser Land

DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

80

hat Geburtstag





Bilder: Dirk Borm [24]

Festveranstaltung
im Landtag am
25. September 2026



DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

Ihre Erfahrung zählt

Karrierewege im öffentlichen Dienst

Für eine wissenschaftliche Studie werden Absolventinnen und Absolventen der Abschlussjahrgänge 1995 bis 2000 der damaligen FHöV NRW gesucht.

Wie entwickeln sich Karrieren im nichttechnischen Verwaltungsdienst über mehrere Jahrzehnte? Welche Bedingungen fördern berufliche Entwicklung – und welche können sie bremsen? Diesen Fragen geht Verena Wittsack in einem Promotionsvorhaben nach, das von Herrn Professor Dr. Andreas Gourmelon von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) in Kooperation mit Frau Professorin Dr. Katja Möhring von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg betreut wird.

Gesucht werden Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium für den gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst zwischen 1995 und 2000 an der damaligen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen – heute HSPV NRW – abgeschlossen und anschließend im öffentlichen

Dienst gearbeitet haben. Mit rund 25 bis 30 Jahren Berufserfahrung ermöglicht diese Gruppe Einblicke, die eine aktuelle Personalstatistik nicht liefern kann. Im Fragebogen werden deshalb die beruflichen Stationen seit dem Studienabschluss rekonstruiert. Für jede Station werden unter anderem Zeitraum, Besoldungsgruppe, Führungsverantwortung, Arbeitszeitumfang, Behörde und Aufgabenbereich erfasst. Auch Elternzeit, Pflegephasen und andere Unterbrechungen werden berücksichtigt. Eine automatisch erzeugte Übersicht erleichtert anschließend die Kontrolle der Angaben.

Mithilfe von Sequenz- und Clusteranalysen werden ähnliche Laufbahnen anschließend zu typischen Verlaufsmustern zusammengefasst. Damit wird nicht nur sichtbar, wo jemand heute steht, sondern auch, auf welchem Weg diese Position erreicht wurde. Untersucht wird, welche individuellen, sozialen und organisationalen Faktoren mit unterschiedlichen Karriereverläufen zusammenhängen.

Dazu zählen Masterabschlüsse und modulare Qualifikationen, Fortbildungen, Abschlussnoten und dienstliche Beurteilungen ebenso wie die Unterstützung durch Vorgesetzte und den Arbeitgeber. Von Interesse ist dabei nicht allein, ob Weiterbildungen absolviert wurden, sondern ob sie später neue Aufgaben, Beförderungen oder Führungsverantwortung ermöglicht haben.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Bedingungen, unter denen sich die Laufbahnen von Frauen und Männern entwickeln. Betrachtet werden unter anderem Teilzeit, familien- oder pflegebedingte Unterbrechungen, Sorgeverantwortung sowie mögliche Unterschiede bei Fortbildungs- und Entwicklungschancen. Für belastbare Vergleiche ist deshalb eine breite Beteiligung von Frauen und Männern wichtig.

Die Befragung erfolgt vom 1. Oktober bis zum 30. November 2026. Je nach Zahl der beruflichen Stationen dauert die Bearbeitung etwa 25 bis 35 Minuten. Sie kann unterbrochen und später fortgesetzt werden. Hilf-

reich ist es, den eigenen Lebenslauf, Ernennungsurkunden oder dienstliche Beurteilungen griffbereit zu halten. Die Befragung wird über die in Deutschland gehostete Plattform SoSci Survey durchgeführt. Name, Dienstadresse und Personalnummer werden nicht erhoben; die IP-Adresse wird nicht gespeichert. Die Auswertung erfolgt ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken und nur für ausreichend große Gruppen. Einzelne Personen, Behörden oder konkrete Personalentscheidungen werden nicht bewertet.

www.sosicurvey.de/karrierewege-oeD/

Für belastbare Ergebnisse ist die Vielfalt unterschiedlicher Karrierewege entscheidend. Wenn Sie zur Zielgruppe gehören, nehmen Sie bitte teil – unabhängig davon, wie geradlinig oder wechselhaft Ihr beruflicher Weg verlaufen ist. Kennen Sie weitere Absolventinnen und Absolventen der Abschlussjahrgänge 1995 bis 2000, machen Sie diese gern auf die Befragung aufmerksam. **MM**

Landtagsabgeordneter Hartmut Ganzke zu Besuch

Starker öffentlicher Dienst braucht gute Arbeitsbedingungen

Der Landtagsabgeordnete **Hartmut Ganzke** (SPD) besuchte den Vorsitzenden des DBB NRW, **Roland Staude**, in Düsseldorf. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen unter anderem der Fachkräftemangel, eine konkurrenzfähige Bezahlung, moderne Arbeitsbedingungen sowie die personelle Ausstattung von Verwaltung, Polizei und Justiz. „Ein handlungsfähiger und bürgernaher Staat braucht gut ausgebildete, motivierte und angemessen ausgestattete Be-

schäftigte“, erklärte Ganzke, der dem Rechtsausschuss und dem Unterausschuss Personal des Landtags angehört. Ganzke und Staude waren sich einig: Offene Stellen und die Folgen des demografischen Wandels können nicht durch eine immer stärkere Belastung des vorhandenen Personals aufgefangen werden. Ein weiterer Schwerpunkt war der bessere Schutz der Beschäftigten vor Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen. Diesen muss mit wirk-

samer Prävention und einer konsequenten Anwendung des geltenden Rechts begegnet werden. Angesichts wachsender Bedrohungen für kritische Infrastrukturen braucht Nordrhein-Westfalen zudem einen leistungsfähigen und krisenfesten öffentlichen Dienst, der die

staatliche Handlungsfähigkeit jederzeit gewährleisten kann. Ganzke und Staude vereinbarten, den konstruktiven Dialog über die Modernisierung des öffentlichen Dienstes und die Interessen seiner Beschäftigten fortzusetzen. **MM**



Roland Staude und Hartmut Ganzke MdL

Landespolitik

Neuer Vorstand der DPoIG NRW

Staffelübergabe an neuen Landesvorstand

Mit Eintritt in den Ruhestand endet auch automatisch die Amtszeit in der DPoIG NRW. Deren Landesvorsitzender **Erich Rettinghaus** beendete daher seine aktive Laufbahn und übergab seine Funktion an seinen Nachfolger **Sascha Gerhardt**. In seinen 16 Jahren als Landesvorsitzender hat Erich Rettinghaus die Weiterentwicklung der DPoIG NRW so

maßgeblich beeinflusst wie kaum jemand vor ihm. Wir bedanken uns bei ihm für seinen unermüdlichen Einsatz und wünschen ihm für seinen Ruhestand alles Liebe und Gute! Da aufgrund des Ruhestands sowohl Erich Rettinghaus als auch **Jürgen Franke**, das dienstälteste Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, ihre Plätze räumen,

wurden der Kreisvorsitzende des KV Düsseldorf, Maximilian Stahl, und der Geschäftsführer des KV Wuppertal, Andreas Babik, neu in den geschäftsführenden Vorstand gewählt. Wir begrüßen daher ab September 2026 den neuen geschäftsführenden Landesvorstand der DPoIG NRW: Landesvorsitzenden Sascha Gerhardt, 1. stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden **Michael Ha-
beck**, stellvertretende Landesvorsitzende **Cornelia Doernemann**, stellvertretenden Landesvorsitzenden **Sebastian Nitz**, stellvertretenden Landesvorsitzenden **Maximilian Stahl**, stellvertretenden Landesvorsitzenden **Andreas Babik**.

MM

Landespolitik

Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion

Solidarität mit Jacques Tilly

Beim traditionellen Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer Landtag kamen Vertreter des DBB NRW wieder zu einem intensiven Austausch mit zahlreichen Landtagsabgeordneten der CDU zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem bekannten Düsseldorfer Künstler und Satiriker **Jacques Tilly** standen die fundamentale Bedeutung der Kunst- und Meinungsfreiheit als Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie sowie ein von Tilly

exklusiv gestaltetes Wimmelbild, welches unser Bundesland humorvoll porträtiert.

Ein zentrales Thema des Treffens waren zudem die aktuellen politischen Anfeindungen gegen den Wagenbauer: Neben Vertretern der CDU sprachen auch Vertreter des DBB NRW Tilly in diesem Rahmen ihre ausdrückliche Solidarität aus. Hintergrund ist ein politisch motiviertes Verfahren eines Moskauer Gerichts, das den Künstler wegen seiner Putin-kri-



Vertreter des DBB NRW mit dem Wagenbauer des Düsseldorfer Karnevalsumzuges, Jacques Tilly (Bildmitte).

tischen Karnevalswagen in Abwesenheit zu einer Haftstrafe verurteilt hatte. Die Gesprächspartner waren sich einig, dass der Schutz von Kunst und Mei-

nung gerade in Zeiten internationalen Drucks autokratischer oder menschenverachtender Regime unverhandelbar bleibt.

MM

**STARK, WENN'S
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

Beste Leistungen erlebst du, weil du dich in jeder Situation auf uns verlassen kannst.

Als Marktführer mit über 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Mehr Infos?
Hier scannen!



DebeKa

Das Füreinander zählt.

Öffentlicher Dienst Stütze der Demokratie

Kreisgewerkschaftstag Münster debattiert Herausforderungen angesichts der Finanzkrise

Unter dem Titel „Der öffentliche Dienst im Wandel: neue Herausforderungen, klare Werte, starker Zusammenhalt“ lud der DBB in Münster zu seinem offenen Kreisgewerkschaftstag ein. Gast und Referent war **Roland Staudé**, Vorsitzender des DBB Nordrhein-Westfalen. Dem DBB in Münster gehören mehr als 10 000 Mitglieder an. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Herausforderungen für den öffentlichen Dienst auf Landesebene. Staudé betonte, dass ein handlungsfähiger Staat auf einen starken öffentlichen Dienst angewiesen sei. Angesichts des Fachkräftemangels müsse es darum gehen, Beschäftigte zu gewinnen, zu halten und ihnen verlässliche und attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten. Darüber hinaus hob Staudé die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Stabilität und Wehrhaftigkeit der Demokratie hervor. „Besonders in Zeiten



wachsender gesellschaftlicher Spannungen, zunehmender Polarisierung und sinkenden Vertrauens in staatliche Institutionen kommt den Beschäftigten in Verwaltung, Schulen, Polizei und dem gesamten öffentlichen Dienst besondere Verantwortung zu“, so Staudé. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stünden stets für Rechtsstaatlichkeit, Verlässlichkeit und die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger.

Mit Blick auf die Situation in Münster spielt die städtische Finanzkrise eine Rolle, die auch

den kommunalen öffentlichen Dienst vor erhebliche Herausforderungen stellt. Der DBB Kreisvorsitzende **Meik Bruns** machte deutlich, dass die notwendige Konsolidierung nicht einseitig zulasten der Beschäftigten gehen dürfe. „Die Finanzkrise der Stadt darf nicht zur Belastungskrise für den öffentlichen Dienst werden“, sagte Bruns, der auch dem Rat der Stadt Münster angehört. Die Stadt brauche auch in schwierigen Zeiten einen leistungsfähigen kommunalen öffentlichen Dienst. Bruns verwies darauf, dass Verwaltung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge

auf gut ausgebildete und ausreichend vorhandene Beschäftigte angewiesen seien. Bei der Haushaltskonsolidierung gehe es um die Frage, was der öffentliche Dienst leisten könne und müsse. Kurzfristige Stellenstreichungen oder ausbleibende Nachbesetzungen seien ungeeignet, um ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept personeller Ressourcen zu ersetzen. „Damit die kommunalen Aufgaben auf Dauer zuverlässig in Münster erfüllt werden können, braucht es rasch eine verlässliche und faire Personalplanung“, fordert Bruns. **MB**

Frauen hinter der Kamera

Fluchtpunkt Paris

Während der 1920er-Jahre zog Paris Intellektuelle und Kunstschaffende aus ganz Europa an – so auch die Fotografinnen **Gisèle Freund**, **Rogi André** und **Dora Kallmus**, bekannt als **Madame d’Ora**. Die drei jungen Künstlerinnen widmeten sich dem pulsierenden Kulturleben der Metropole und hielten es in eindrucksvollen Aufnahmen fest. Jenseits der Pariser Kreise, in denen die drei Frauen verkehrten, verband sie ihre jüdische Herkunft sowie die Erfahrung von Verfolgung und Exil.

Die Ausstellung „Fluchtpunkt Paris“ im Rheinischen Landesmuseum zu Bonn schildert die künstlerischen Entwicklungen der drei Fotografinnen und fragt

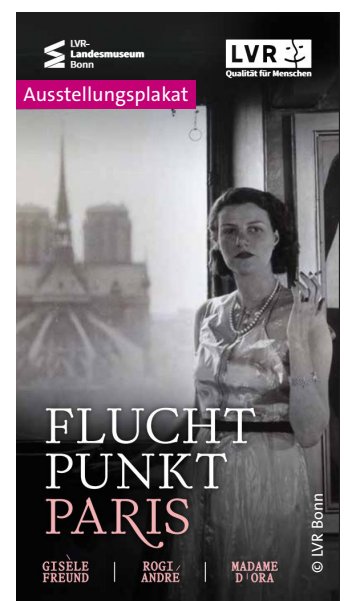
nach Gemeinsamkeiten wie Unterschieden. Im Mittelpunkt stehen jene fotografischen Gattungen, denen sich Freund, André und d’Ora aus verschiedenen Blickwinkeln und mit variierenden Bildsprachen widmeten.

Die Porträtfotografie war für Freund, André und d’Ora gleichermaßen zentral. Sie fotografierten die bedeutendsten Künstlerinnen und Künstler ihrer Zeit – von **Pablo Picasso** über **Virginia Woolf** und **James Joyce** bis zu **Simone de Beauvoir**. Auch Bühnenstars wie **Josephine Baker**, **Maurice Chevalier** oder **Anita Berber** standen vor ihren Kameras. Neben Porträtaufnahmen widmeten sich Freund, André und d’Ora der Mode-,

Akt- und Tanzfotografie. Ihre Aufnahmen waren hoch begehrt und wurden in zahlreichen Magazinen abgedruckt. Auf starke Resonanz stießen zudem ihre sozialkritischen Reportagen: Freund, André und d’Ora suchten immer wieder Orte auf, an denen sich soziale Spannungen und gesellschaftspolitische Konflikte schonungslos zu erkennen gaben. Die Aufnahmen von Freund, André und d’Ora vergegenwärtigen die wechselvollen Biografien dreier Künstlerinnen im Zeitraum zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Neuordnung Europas nach 1945. Sie erzählen von einem selbstbewussten Aufbruch im Paris der Avantgarde, von weiblicher Emanzipation und

künstlerischer Mission, von Verfolgung und drohender Deportation, von Eleganz und Leidenschaft, von Resignation und Verzweiflung, von großem Mut und kritischem Engagement. **MM**

Ausstellungstipp



Ende der PKV und die Besoldungsstrukturereform

Laumann bringt Reformvorhaben ins Straucheln

Die Aussagen des Kanzlers zum vermeintlichen Gerechtigkeitsproblem des Nebeneinanders von privater und gesetzlicher Krankenversicherung bedürfen nach Ansicht des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion einer deutlichen Klarstellung.

Bundeskanzler **Friedrich Merz** hatte sich jüngst auf ein Statement von NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, **Karl-Josef Laumann**, bezogen, welches dieser bereits in der Vergangenheit mehrfach geäußert hatte.

Hierzu **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Mit seinen wiederholten Vorschlägen bringt Minister Laumann die angestrebte Besoldungsstrukturereform für die Beamten ins Straucheln, die seine eigene Landesregierung erst kürzlich auf den Weg gebracht hat.“

Eine mögliche wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamten-schaft hätte in der Konsequenz erhebliche Auswirkungen auf die gerade auf den Weg gebrachte Neuausrichtung der Besoldung und Versorgung in

Nordrhein-Westfalen, da bezüglich der Berücksichtigung der Krankenversicherungsbeträge das erforderliche, verfassungsrechtliche Abstandsgebot neu berechnet werden muss.

Der DBB NRW regt daher bis zur Klärung möglicher Folgen eine Ruhendstellung des Gesetzgebungsverfahrens an, um unnötigen Reparaturbedarf im Nachhinein nicht entstehen zu lassen. Roland Staude: „Bei einem solchen weitreichenden Gesetz gilt der Grundsatz Solidität vor Schnelligkeit.“ **MM**



Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

© Land NRW | Ralph Sondermann

Landespolitik

Sicherheit auf Volksfesten und Demonstrationen

DBB NRW fordert Abwehrbeauftragten für Bedrohung aus der Luft

Zusätzlich zu den „klassischen“ Gefährdungspotenzialen stellen im Rahmen moderner hybrider Bedrohungslagen und -szenarien Drohnenschwärme eine neuartige und ernst zu nehmende Gefahr auch für die Sicherheit auf kommunalen Großveranstaltungen wie Volksfesten, Konzerten oder Demonstrationen dar. Die Kombination aus visuellem Schock, technischer Hilflosigkeit und der Enge einer Großveranstaltung macht Drohnenschwärme zu einem hocheffizienten Werkzeug für die Erzeugung von Massenpaniken. Durch ihre Fähigkeit, synchron und in großer Zahl zu agieren, ist die Abwehr durch deren technische Komplexität grundsätzlich sehr herausfordernd. Herkömmliche Sicherheitskonzepte sind bisher kaum oder nur unzureichend auf Bedrohungen aus der Luft vorberei-

tet. Das gezielte Stören oder Abfangen eines gesamten Schwarms ist auf dicht besiedelten Plätzen zudem schwierig, da herabstürzende Drohnen oder Bestandteile wiederum eine direkte Verletzungsgefahr für die Menschen am Boden darstellen.

Grundsätzlich teilen sich die Zuständigkeiten für die Gefahrenabwehr auf Großveranstaltungen in die präventive Genehmigung und die operative Gefahrenabwehr im Ernstfall auf. Für diese Veranstaltungen sind Sicherheitskonzepte zwar zwingend vorgeschrieben, auch werden hier mögliche Gefährdungsszenarien in Erwägung gezogen. In diesen Konzepten findet die Drohnenproblematik allerdings kaum Berücksichtigung. Einen einzelnen, exklusiv zuständigen Ansprechpartner

nur für die Drohnenabwehr auf kommunalen Großveranstaltungen gibt es in der deutschen Behördenstruktur bisher nicht. Da die Konzeption von Flucht- und Rettungswegen als Prävention gegen Gefahren einer Massenpanik durch Drohnenschwärme aufgrund örtlicher oder baulicher Gegebenheiten unter Umständen an ihre Grenzen stoßen könnte, sollte ein Drohnenabwehrbeauftragter bereits in der Planungsphase von Volksfesten frühzeitig in die Erstellung des Sicherheitskonzepts einbezogen werden beziehungsweise den Veranstaltern als fester Ansprechpartner mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dieser verantwortlichen Fachkraft obliegen die Risikoanalyse und Gefährdungsabschätzung sowie die Auswahl geeigneter Präventivmaßnahmen.

spiel eine spezialisierte Fachkraft innerhalb einer entsprechenden Organisationseinheit als Drohnenabwehrbeauftragter für die Erkennung, Überwachung und Abwehr unbefugter oder gefährlicher unbemannter Flugsysteme (UAS) zuständig sein. Dieser sollte in der Konsequenz auch für die Koordination und Durchführung von Abwehrmaßnahmen entscheidungsbefugt sein.

Hierzu **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Traditionelle Konzepte der präventiven Gefahrenabwehr bei großen Menschenansammlungen unter freiem Himmel sind primär ‚zweidimensional‘ – sie sichern lediglich den Boden ab, zum Beispiel mit Durchfahrtsperren oder breiten Evakuierungswegen. Durch die zunehmende Verfügbarkeit und technologische Weiterentwicklung von Drohnen müssen moderne Sicherheitskonzepte den Luftraum zwingend einbeziehen, wir sehen hier einen akuten Handlungsbedarf!“ **MM**

Digitales Europa – theoretischer Unterricht zum sicheren Einsatz von Drohnen im Luftraum



© Europäisches Parlament

Der DBB NRW fordert daher, die Aufgabe der Drohnenabwehr bei kommunalen Großveranstaltungen bei den Bezirksregierungen anzusiedeln. So könnte zum Bei-

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Christian Kratzsch, Raphael Hermanski, Meik Bruns

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de.

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32.

E-Mail: marion.clausen@dbbverlag.de.

Telefon: 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Dorr,

Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 48, gültig ab 1.1.2026.

Ständige Beilage: dbb magazin.

ISSN 1438-2989

Sitzung beim DBB NRW

Kreisverband Neuss besucht Landesgeschäftsstelle

Am 14. September 2026 führte der DBB Kreisverband Neuss seine Vorstandssitzung in der Landesgeschäftsstelle des DBB NRW durch. Landesvorsitzender **Roland Staude** nahm an der Sitzung teil und informierte die Anwesenden über aktuelle Entwicklungen in der Tarif- und Besoldungspolitik. Ein Schwerpunkt seines Berichts war die in 2024 neu aufgelegte Veranstaltungsreihe des DBB NRW „Feierabendplausch“,

die zuletzt anlässlich des 80. Gründungsjubiläums des Landes Nordrhein-Westfalen stattfand.

Darüber hinaus informierte Herr Staude ausführlich über das Modernisierungsgesetz und die Besoldungsstrukturreform. Während er sich mehr Zeit für den Austausch mit der Landesregierung über die Besoldungsstrukturreform wünschte, bekräftigte die Landesregierung

ihre Absicht, die Reform noch im Dezember 2026 zu verabschieden. Die Verbändeanhörung war für den 1. Oktober 2026 terminiert.

Im Anschluss an die Sitzung führte DBB Pressesprecher **Marcus Michel** die Anwesenden durch die von ihm kuratierte Ausstellung „Unser Land hat Geburtstag“, die das 80-jährige Bestehen Nordrhein-Westfalens

und die Arbeit des öffentlichen Dienstes in Stadt und Land thematisiert.

Die Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Neuss zeigten sich für die informative und gastfreundliche Durchführung der Sitzung sehr dankbar und freuen sich auf weiteren intensiven Austausch mit den Mitgliedern des Landesvorstands.

RH



Zu Besuch in der Geschäftsstelle des DBB NRW